

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 4 (1912)
Heft: 9

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

politischer Sauerteig in der noch trägen Masse in viel grösserem Masse als jetzt die «Unabhängigen» wirken würden. Das ist alles nicht neu, sondern längst als notwendig erkannt und wird hoffentlich auch in absehbarer Zeit, Tat und Wahrheit werden. — Was die nächsten *Forderungen* der englischen Arbeiter anbelangt, so wird wohl der *obligatorische Mindestlohn*, trotz aller theoretischen Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden, im Vordergrund aller Lohnkämpfe stehen. Er birgt keine Gefahr, wenn damit das *Streikrecht für höhere Löhne unangetastet bleibt* und wenn in die paritätischen Lohnämter geachtete Arbeitervertreter abwechselnd mit bürgerlichen oder aristokratischen Grössen als unparteiische Vorsitzende gewählt oder (wo eine Wahl nicht zustande kommt) vom Arbeitsamt ernannt werden. Eine solche Forderung wird schon jetzt grundsätzlich nicht bestritten und die Arbeiter haben nur dafür zu sorgen, dass bewährte Arbeiterführer ebenso oft zu Schiedsrichtern aufgerufen werden, wie ihre zweifelhaften guten Freunde aus den herrschenden Klassen. Sodann muss das «*Recht auf Arbeit*» für jeden der arbeiten kann und will, das auf dem Programm der Arbeiterpartei steht, der bürgerlichen Gesellschaft abgerungen werden, wenn es auch konsequenterweise d. h. ohne Widerspruch mit ihrem Wesen, von ihr nicht zugestanden werden kann. Auf einen Widerspruch, eine Inkonsistenz mehr oder weniger kommt es nicht mehr an. Je mehr desto besser. Sie beschleunigen alle ihre innere Zersetzung. — Politisch steht in erster Linie die Forderung des uneingeschränkten *Rechts der Gewerkschaften zur politischen Tätigkeit*.

Das neue Gewerkschaftsgesetz zur Modifikation des *Osborne-Urteils*, das jüngst in zweiter Lesung durchs Unterhaus ging, bietet keinen Ersatz für die bisherige Praxis und wird deshalb in der artikelweisen Beratung der dritten Lesung von der Arbeiterpartei bekämpft werden. Auch die vor dem Parlament liegende *Reformbill*, die endlich das allgemeine gleiche Wahlrecht bringen soll, ist auch nur als Teilzahlung annehmbar. Erst die Uebernahme der horrenden Wahlkosten durch den Staat, ein klares und scharfes Gesetz gegen korrupte Wahlpraktiken sowie die Verhältniswahl, lauter Dinge, die zur Ergänzung des Wahlrechts in Aussicht gestellt sind, werden eine gerechte Vertretung des Volkes im Unterhause zur Folge haben und zu einem mächtigen Hebel der revolutionären Arbeiterbewegung werden.

Kurzsichtige Gegner hoffen, dass die Niederlage der Transportarbeiter des Londoner Hafens eine rückläufige Bewegung in der Arbeiterschaft einleiten werde. Der Wunsch ist der Vater dieser Hoffnung. Sie ist eine trügerische und dürfte

bald durch die Ereignisse zerstört werden. Die Bewegung ist eine natürliche und kann deshalb durch einzelne Fehlschläge nicht aufgehalten werden. In welchen Formen sie sich auch äussert, in ihrem Wesen ist sie revolutionär und sozialistisch. *Das kämpfende Proletariat der Welt freut sich mit Recht darüber und die Bourgeoisie hat allen Grund davon beunruhigt zu sein.* u.



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Französischer Gewerkschaftskongress.

Der Kongress der französischen Gewerkschaften, der vom 16. bis 22. September in *Havre* stattfand, war eine denkwürdige und bedeutende Kundgebung des französischen Proletariats. Der vorliegende Rechenschaftsbericht der Konföderation liess erkennen, was man jetzt «die Krise des Syndikalismus» nennt und was in Wahrheit nichts anders als eine *Wachstumskrise* ist. Die französischen Gewerkschaften sind mit ihren oft noch primitiven Mitteln dem Widerstand des sich immer besser organisierenden Unternehmertums nicht mehr gewachsen. Die grossen Bewegungen und Generalstreiksdemonstrationen verblüffen nicht mehr. «Die Krise», sagte ein Redner von den sozialistischen Syndikalisten, «kommt daher, dass wir auf die Löwenjagd gingen, bewaffnet mit einer Stecknadel.» — Mit diesem Ausspruch ist nicht nur die Situation, sondern auch die Stimmung des Kongresses drastisch gekennzeichnet.

Der Rechenschaftsbericht der Konföderation verzeichnet, dass die Verbände an monatlichen Beitragsmarken von ihr bezogen haben: Im Jahre 1910 3,700,127, 1911 dagegen 3,810,709. Rechnet man die Zahl der Arbeitslosen usw., und weiter, dass einige Gewerkschaften weniger Marken beziehen, als sie nach ihrer Mitgliederzahl beziehen müssten, dann dürfte man dem effektiven Mitgliederstande der Konföderation am nächsten kommen, wenn man die bezogene Markenanzahl durch 10 teilt. Danach hätte dieser 370,012, bzw. 381,070 betragen. Diese Zunahme von kaum 3 Prozent in einer industriellen Prosperitätsperiode ist gewiss minimal. Diese geringe Zunahme ist u. a. verursacht durch den Rückgang der Eisenbahner, die infolge des unglücklichen Streiks allein 30,000 Mitglieder verloren haben. Auch einige Staats- und Gemeindearbeiter-Organisationen haben kleinere Rückschritte zu verzeichnen, während die übrigen Organisationen fast alle nicht unwesentliche Fortschritte aufzeigen. Infolge der vorgenommenen *Verschmelzungen* ist die Zahl der Syndikate von 3012 auf 2837, die Zahl der Verbände von 57 auf 52 zurückgegangen. Es bestehen 38 Verbandsblätter, wovon die meisten monatlich erscheinen. *Neun* Organisationen haben in der Berichtsperiode ihre *Beiträge erhöht*. Auch über die *Streiks* enthält der Bericht einige, allerdings ungenügende Angaben. Vom 1. Juli 1910 bis 31. März 1912 fanden 2340 Lohnkämpfe statt. Davon hatten 435 oder 18,58 Prozent *vollen*, 890 oder 38,03 Prozent *teilweisen* und 997 oder 42,60 Prozent *keinen* Erfolg.

Die Diskussion über den Bericht war ziemlich belanglos. Sie wurde verdrängt durch eine Diskussion über die *Beziehungen der Gewerkschaften zur sozialistischen Partei*. Diese Frage — in Frankreich ist das noch eine Frage — ist fast so alt wie die Gewerkschaften und die Partei selbst. Sie ist entstanden durch die Zersplitterung der Partei, wodurch die Gewerkschaften gezwungen wurden, die ursprünglich engen Beziehun-

gen zu ihr zu lösen. Der Millerandismus hat die Gewerkschaften noch weiter von der Partei entfernt und die Herrschaft des Anarchosyndikalismus herbeigeführt. Nun aber ist die Partei seit sieben Jahren geeinigt. Die anarchosyndikalistische Taktik, wonach die Gewerkschaften *sich selbst* und somit *allem* genügen, hat Schiffbruch gelitten. «Es gibt ein Gebiet, das der Partei allein zusteht», sagte Renard, Sekretär des Textilarbeiterverbandes, der auf dem Kongress die Debatte hervorrief. Dieser Einsicht, dass neben der gewerkschaftlichen Organisation eine einheitliche politische Organisation des Proletariats notwendig ist, können sich die Gewerkschaften immer weniger verschliessen. Aber dies und die daraus fliessende Konsequenz, dass die gewerkschaftliche und die politische Organisation Hand in Hand gehen müssen, ausdrücklich anzuerkennen — und darauf lief der Antrag Renards hinaus — dazu können sich die Gewerkschaften und konnte sich der Kongress von Havre noch nicht verstehen. Noch ist das Misstrauen gegen die Partei zu tief gewurzelt, noch ist die Zahl der ausserhalb der Partei stehenden Gewerkschaftler zu gross. So beschränkte sich der Kongress nach einer grossen und tiefgehenden Debatte darauf, den Beschluss von Amiens (1906) zu wiederholen, der die Autonomie der Gewerkschaften betont, deren Mitglieder jedoch volle Freiheit lässt, ausserhalb der Gewerkschaftsorganisationen sich politisch zu betätigen. Der Kongress von Havre fügte nur hinzu, «dass er wie bisher entschlossen ist, sich allen seiner proletarischen Aktion fremden Problemen, die geeignet sind, seine so teuer errungene Einheit zu schwächen, fernzuhalten...»

Deutlicher noch wie bei dieser Diskussion trat der Umschwung in der Haltung bei der Diskussion des freien Samstagnachmittags, der sogenannten «*englischen Arbeitswoche*», zutage. Diese Bewegung soll gewissermassen eine Wiederholung der Achtstundebewegung vom 1. Mai 1906 sein. Wie rememberlich, hat der Kongress von Bourges (1904) beschlossen, eine Bewegung zur Erringung des Achtstundentages zu unternehmen. «Vom 1. Mai 1906 ab arbeiten wir nicht mehr als 8 Stunden täglich», war die ausgegebene Parole. Die Minorität, wozu vornehmlich die Buchdrucker gehörten, erklärten das Unternehmen für unpraktisch, und diese besonders beschränkten sich auf die Forderung des Neunstundentages, dafür den für sie günstigsten Zeitpunkt wählend. Sie wurden deshalb heftig angegriffen. Diesmal, in Havre, war es Hamelin, der Vertreter des Buchdruckerverbandes, der von der Kommission als Berichterstatter bestimmt wurde. Die Kommission schlug denn auch *kein festes Datum, kein gleichzeitiges Vorgehen* aller Organisationen vor, sondern überliess es den Verbänden, an denen ihnen am geeignetst erscheinenden Zeitpunkt vorzugehen. Der Antrag der Kommission wurde einstimmig angenommen.

Bei der Stellungnahme zu den vorgenommenen Änderungen des Altersversicherungsgesetzes traten allerdings verschiedene Auffassungen zutage. Mit 935 gegen 83 Stimmen und 114 Enthaltungen wurde beschlossen, die bisherige Opposition aufrechtzuerhalten, weil die Beiträge und das Kapitalanhäufungsverfahren beibehalten und die Rentensätze zu niedrig sind.

Bei dem Punkte «*Antimilitarismus*» jedoch wurde die Einstimmigkeit des Kongresses herbeigeführt. Einstimmig wurde beschlossen, gegen das Gesetz Millerand, das die wegen antimilitaristischer Propaganda, Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Körperverletzung mit drei Monaten vorbestraften Rekruten in die afrikanischen Strafbataillone, bzw. in das Bagno verschickt, eine energische Agitation zu entfalten und die jungen Leute, die durch das Gesetz zur Fahnenflucht getrieben werden, der effektiven Arbeitersolidarität zu versichern.

Ebenso wurde den Gewerkschaften die Errichtung von Soldatenkassen (Sou du Soldat) zur Unterstützung der beim Militär stehenden Mitglieder, empfohlen. Schliesslich wurden die Beschlüsse der vorhergehenden Kongresse über den Antimilitarismus — man vermied ausdrücklich das Wort «Antipatriotismus» — bekräftigt. Ausdrücklich sagte Merrheim, Metallarbeiter, der als Generalredner bestimmt wurde, dass die Gewerkschaften gegen die Desertion sind.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung, die Lebensmittelteuerung, war die Debatte nur unwesentlich. Die Thesen der Kommission wurden gleichfalls einstimmig angenommen. Sie erklärten die Lebensmittelteuerung als eine internationale, begründet in der schlechten landwirtschaftlichen Produktion, der Ausdehnung der Trust und Kartelle, der durch das Schutzollsystem begünstigten Spekulation und in den Militärausgaben, die eine schwere Besteuerung der Produktion verursachen. Als Mittel dagegen wurde die Enthaltung vom Alkoholgenuss, Hasardspiel und «von allen unnützen Ausgaben» (!), der Boykott der künstlich verteuerten Lebensmittel, zwangsweise Festsetzung der Marktpreise, Gründung von Genossenschaften, Agitation gegen die Schutzzölle, Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion und vor allem die Erhöhung der Löhne empfohlen.

Von den verschiedenen anderen verhandelten Gegenständen sind u. a. zu erwähnen: Erhöhung des Preises der von der Konföderation bezogenen monatlichen Beitragsmarken auf Fr. 10.— pro 1000 für die Verbände und Fr. 7.— pro 1000 für die Gewerkschaftskartelle. Ein Beschluss verpflichtet die Organisationen, ihre Kassenberichte einzusenden, um eine genaue Kontrolle über die Beitragsleistung zu ermöglichen. In der Streitfrage der Eisenbahner wurde beschlossen, dass die revolutionäre Sonderorganisation sich aufzulösen habe und deren Mitglieder dem alten Verbands beitreten müssen. Ferner wurde die Verschmelzung der Organisationen der Land- und Waldarbeiter und der Gärtner, die der Gummi- und Holzschuhmacher mit den Lederarbeitern und die Aufteilung des Verbandes der Militärkonfektionsarbeiter zwischen den Lederarbeitern und den Schneidern beschlossen.

Paris, 29. Oktober.

Josef Steiner.



Der Preis des Arbeiterblutes an der Börse.

Als der Streik auf den Lena-Goldbergwerken ausbrach, begannen die Lena-Aktien, die bekanntlich das Hauptobjekt der Spekulationen an der Petersburger Börse bilden, rapid zu sinken. Da die Petersburger Verwaltung den Streik planmässig hinauszog, gewann sie die Möglichkeit, die abgestossenen Aktien unter der Hand zu billigen Preisen aufzukaufen. Diese Aufkäufe dürften ziemlich umfangreich gewesen sein, denn in dem Augenblick, da infolge des Drängens der Bergwerksgesellschaft 500 Arbeiter in den Bergwerken niedergeschossen wurden, stieg der Preis der Aktie an der Petersburger Börse mit einem Schlage von 3425 auf 3540! Das Blut der niedergemetzelten Arbeiter brachte also dem Inhaber einer jeden Aktie den klingenden Gewinn von 115 Rubel.

Eine menschenfreundliche Tat ohne Barauslagen kann jedermann leicht vollbringen durch Sammeln von Staniolabfällen (sog. Silberpapier) und von gebrauchten, nicht abzulösenden, sondern mit etwas Rand versehenen Briefmarken von jeder Sorte und in jeder Anzahl, die allezeit, ausgenommen im Dezember, an den «Schweizerischen Fürsorgeverein für Taubstumme» in Bern geschickt werden können.

Druck und Administration: Unionsdruckerei Bern, Kapellenstrasse 6.